

Beschluss des Landrats vom 24.06.2021

Nr. 986

20. Jahresbericht 2020 2021/116; Protokoll: ama

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) begrüsst den Kantonsgerichtspräsidenten Roland Hofmann, der gemäss § 54 des Landratsgesetzes an der Beratung des Jahresberichts teilnimmt.

Die Präsidentin der Finanzkommission, **Laura Grazioli** (Grüne), informiert, das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung 2020 schliesse mit einem Defizit von CHF 52 Mio. ab. Budgetiert war ein Gewinn von CHF 38,5 Mio. Die Jahresrechnung ist geprägt durch die Covid-19-Pandemie. Gesamthaft belastet sie den Staatshaushalt im Jahr 2020 mit CHF 160 Mio. Ohne die negativen Effekte der Pandemie hätte ein Gewinn von CHF 108 Mio. resultiert. Der klare Aufwandüberschuss führt zu einer Reduktion des Eigenkapitals auf neu CHF 595 Mio., dieses liegt damit weiterhin klar über dem gesetzlichen Warnwert. Der Selbstfinanzierungsgrad und der Finanzierungssaldo fallen ebenfalls deutlich schlechter aus als budgetiert, so dass sich die Nettoverschuldung erhöht, statt dass diese wie geplant reduziert werden konnte. Wie budgetiert wurde eine halbe Jahrestanche des Bilanzfehlbetrags aus der Reform der Pensionskasse abgetragen. Die Nettoinvestitionen liegen mit CHF 179 Mio. zwar über dem Vorjahreswert, sie haben aber den budgetierten Betrag nicht erreicht.

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat die Genehmigung der Jahresrechnung und die Kenntnisnahme des Berichts der Finanzkontrolle und der 10 Kreditübertragungen vom Budget 2020 ins Budget 2021 über insgesamt CHF 1,4 Mio. in der Erfolgsrechnung.

Die Finanzkontrolle erteilt ihr Testat mit einer Einschränkung und einer Hervorhebung. Die Hervorhebung bezieht sich auf die Schätzunsicherheit betreffend die Prognosen der Steuererträge. Die Einschränkung betrifft die Werthaltigkeit des Darlehens an die Universität Basel in der Höhe von CHF 30 Mio. Laut der Finanzkontrolle entspricht die Jahresrechnung ansonsten den Bestimmungen des Finanzhaushaltsgesetzes. Sie empfiehlt trotz eingeschränktem Prüfungsurteil, die Jahresrechnung zu genehmigen.

Die Finanzkontrolle hat die Finanzkommission mündlich ausführlich über die Ergebnisse ihrer Prüfung und über die Korrekturen informiert, welche sie in ihrem umfassenden Bericht für den Anhang der Jahresrechnung empfiehlt. Im Wesentlichen sollen ergänzende Informationen korrekt dargestellt werden. Auf die ergebnisrelevanten Zahlen haben die genannten Korrekturen keinen Einfluss. Der Transparenz halber wurden die Hinweise der Finanzkontrolle im Kommissionsbericht abgebildet.

Eintreten auf den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2020 war in der Finanzkommission unbestritten.

Die Subkommissionen der Finanzkommission haben die Jahresrechnung in ihren Sachbereichen geprüft und schriftliche Zusatzauskünfte bei den zuständigen Verwaltungseinheiten eingeholt. Ihre Fragen wurden kompetent und umfassend beantwortet. Die Berichte der Subkommissionen können im Anhang des Kommissionsberichts nachgelesen werden.

In allgemeiner Hinsicht wurde in der Kommission das umsichtige Finanzmanagement in einer durch die Covid-19-Pandemie geprägten, ausserordentlichen Situation gelobt. Auch im Vergleich zu anderen Kantonen sei die Krisenbewältigung professionell, agil und schnell, reibungslos, unkompliziert und pragmatisch abgelaufen. Letztlich sei die Jahresrechnung ein Abbild der guten Leistung von Regierungsrat und Verwaltung. Die Pandemie zeigt nach Aussage mehrerer Kommissionsmitglieder beispielhaft die Notwendigkeit für vorausschauendes, haushälterisches Handeln, wie es der Regierungsrat verfolgt. Dies gerade auch vor dem Hintergrund, dass unser Kan-

ton einer der am stärksten verschuldeten Kantone ist. Gleichzeitig wurde festgehalten, dass neben Covid-19 andere Geschäfte und Aufgaben des Kantons nicht vergessen gehen dürfen. Es müsse möglich bleiben, die nötigen Investitionen trotz engem finanziellem Spielraum zu tätigen.

Die sehr hohe Verschuldung des Kantons wurde in der Kommission eingehend besprochen. So fragten sich die Kommissionsmitglieder unter anderem, ob der Kanton in Zeiten von negativen Zinsen vermehrt Schulden machen sollte, weil er aus rein ökonomischer Perspektive daraus Gewinne schlagen könnte. Finanzdirektion und Finanzdirektor vertraten aber die klare Haltung, der Kanton solle auch in solchen Zeiten keinen Schuldenanstieg anstreben, denn sobald die Zinsen wieder ansteigen, wird sich das negativ in der Erfolgsrechnung niederschlagen. In der Kommission wurde weiter die Sorge geäussert, die temporären Mehrausgaben durch Covid-19 könnten sich in den kommenden Jahren verstetigen. Der Finanzdirektor versicherte jedoch, dass künftig transparent gemacht werde, wie die Jahresrechnung ohne Covid-19-Pandemie und auch ohne Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank aussehen würde. Weiter wurde aus den Reihen der Kommissionsmitglieder befürchtet, insbesondere im Baubereich werde regelmässig zu viel budgetiert. Einerseits wurde gefordert, die FKD solle sich stärker dafür einsetzen, dass keine «heisse Luft» eingeplant werde, andererseits wurde auch angeregt, die Prozesse von Investitions-, Bau- und Unterhaltsprojekten zu überprüfen. Die Verwaltung machte darauf aufmerksam, dass ein verstärktes Einwirken seitens FKD den Anschein erwecken könnte, sie setze sich für Einsparungen bei den Investitionen ein – was gerade nicht der Fall sei. In den bilateralen Gesprächen mit den Direktionen würden aber immer alle Positionen detailliert besprochen. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, dass die Möglichkeiten von Kreditüberschreitungs- oder Nachtragskreditbegehren durchwegs genutzt werden. So könne vermieden werden, dass aus Respekt vor der Politik zu viel budgetiert werde.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig mit 12:0 Stimmen Zustimmung zum unveränderten Landratsbeschluss. Zudem beantragt die Kommission die Durchführung einer Eintrentensdebatte.

Florian Spiegel (SVP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission, führt aus, die GPK übe im Auftrag des Landrats die parlamentarische Oberaufsicht und Kontrolle über die Geschäftsführung der Exekutivorgane des Kantons Basel-Landschaft aus. Gemäss Kantonsverfassung § 67 Absatz 1 Buchstabe a hat der Landrat den Jahresbericht des Regierungsrats über seine Geschäftstätigkeit zu genehmigen. Zudem hat er die Jahresberichte der kantonalen Gerichte und jene der selbständigen Verwaltungsbetriebe nach den entsprechenden Gesetzesvorschriften zu genehmigen oder zur Kenntnis zu nehmen. § 61 des Landratsgesetzes beauftragt die Geschäftsprüfungskommission, die erwähnten Berichte zu prüfen und darüber zu berichten.

Der nun vorliegende Bericht der GPK befasst sich mit dem Teil Geschäftsbericht im Jahresbericht 2020 des Regierungsrats. Der ergänzende Bericht zu den Jahresberichten 2020 diverser Institutionen folgt im 2. Semester 2021. Da der GPK-Bericht in schriftlicher Form vorliegt, verzichtet Florian Spiegel an dieser Stelle auf die Wiederholung des Geschriebenen und er erwähnt nur zwei Punkte explizit.

Generell konnte die Kommission sowohl bei der Beratung der aktuellen Vorlage als auch bei ihren Direktionsbesuchen feststellen, dass sich Covid-19 auf alle Bereiche der Arbeit der Verwaltung (Alltagsgeschäft und Projekte) spürbar auswirkte.

Der Bereich IT stand während der vergangenen Monate in allen Direktionen besonders im Fokus und er zeigte gewisse Defizite auf, die den Beteiligten aber bewusst sind. Für den Regierungsrat ist klar, dass hier noch Optimierungs- und Nachholbedarf besteht. Der Bereich IT wird künftig auch ein Schwerpunkt der GPK-Arbeit darstellen.

Die GPK dankt allen Mitarbeitenden des Kantons Basel-Landschaft für die geleistete Arbeit und beantragt dem Landrat mit 14:0 Stimmen einstimmig die Genehmigung des Geschäftsberichts.

://: Dem Antrag der Finanzkommission auf Durchführung einer Eintretensdebatte wird stillschweigend zugestimmt.

– *Eintretensdebatte*

Mirjam Würth (SP) sagt, mit dem Jahresbericht 2020 werde auf ein schwieriges Jahr zurückgeschaut. Der Verwaltung ist Dank auszusprechen für das professionelle Handling der Covid-Epidemie. Es hat schon fast Vorzeigecharakter, wie in unserem Kanton mit den pandemiebedingten Herausforderungen umgegangen wurde. Unter dem Strich liegt der wirtschaftliche Schaden unter den Befürchtungen, auch liegen die Arbeitslosenzahlen nach wie vor unter dem schweizerischen Durchschnitt. Diese positiven Arbeitslosenzahlen sind unter anderem dem kompetenten Handeln des Kantonalen Krisenstabs zu verdanken. Mit Hilfe einfacher Instrumente wurden in unserem Kanton sämtliche Bundesregelungen übernommen und umgesetzt.

Neben der Pandemie waren im vergangenen Jahr aber auch andere Themen wichtig. Im Bereich IT ist der Kanton nicht super aufgestellt, daran muss gearbeitet werden. Das Sozialhilfegesetz befindet sich in langer Beratung. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die Armutsstrategie verabschiedet wurde. Diese beiden Punkte sind wegweisend für die künftigen Beratungen im Bereich des AFP.

Die SP-Fraktion spricht der Verwaltung, der Regierung und dem Krisenstab für die kompetente Arbeit im vergangenen Jahr ihren Dank aus. Sie nimmt den vorliegenden Bericht einstimmig zur Kenntnis.

Dieter Epple (SVP) betont, Covid-19 habe das vergangene Jahr überschattet. Die Regierung und die Verwaltung bewältigten diese Krise jedoch sehr gut, dafür dankt die SVP-Fraktion allen Beteiligten. Das Messedebakel und der Bauskandal im Biozentrum kosteten unseren Kanton unnötig Geld. Dies zeigt, dass bei den Beteiligungen zusätzliche Aufmerksamkeit und Kontrollen nötig sind. Auch wenn Covid-19 weiterhin die grosse Unbekannte ist und weniger Spielraum für Investitionen lässt, ist es trotzdem wichtig, vernünftig und gezielt zu investieren. Insbesondere darf der IT-Bereich sowohl intern als auch extern nicht vernachlässigt werden.

Das Gesundheitswesen bleibt auch ohne Pandemie eine grosse Herausforderung. Zu nennen sind hier die Spitalplanung über die Kantonsgrenzen hinaus, die Leistungskataloge, das elektronische Patientendossier, die Prämienverbilligungen, aber auch die drohende Überversorgung. All diese Themen sowie die drohende Zweiklassengesellschaft im Gesundheitsbereich sind zu hinterfragen. Eine vernünftige, transparente und klare Planung ist wichtig, denn sonst ist das Gesundheitssystem auf dem besten Weg, sich zu einem komplexen Irrgarten zu entwickeln. An dieser Stelle spricht die SVP allen Spitalangestellten einen grossen Dank aus.

Auch die Bildungskosten steigen stetig und hier muss ebenfalls definiert werden, was wirklich Sinn macht und notwendig ist. Erfahrung und Vernunft gehen leider oftmals vergessen, die Kosten interessieren kaum. Es ist zu hoffen, dass die Kostenspirale nicht erst dann endet, wenn jedes Kind eine eigene Lehrperson hat. Erziehung ist und bleibt Sache der Eltern und nicht des Staates.

Letztlich gilt es, den sozialen Bereich zu erwähnen: Hier müssen die richtigen Prioritäten gesetzt werden, um die Zukunftsfähigkeit der Sozialsysteme zu gewährleisten. Es liegt an allen Parteien, aber auch an den Gemeinden und am Kanton, diese Kosten in den Griff zu bekommen. Zwischen Ethik und Bezahlbarkeit muss eine Balance erreicht werden, ansonsten Steuererhöhungen unumgänglich sind.

Die SVP-Fraktion wird auf das vorliegende Geschäft eintreten.

Klaus Kirchmayr (Grüne) führt aus, die Behandlung der Jahresrechnung sei traditionell ein Moment, in dem man zurückschaut und den Zustand unseres Staats- und Gemeinwesens beurteilt. Legt man den Fokus auf das finanzielle Resultat im Jahr 2020, so kommt man nicht darum herum,

ob des guten Abschlusses zu staunen. Der Regierungsrat ist für die operative Arbeit verantwortlich und er hat sich für das vergangene Jahr ein veritables Lob verdient: Gut gemacht! Die homogene Zusammenarbeit des Regierungsteams zahlt sich aus. Hierfür geht ein Dank an den Regierungsrat, aber auch an alle Mitarbeitenden der Verwaltung.

Es ist nun aber auch der Moment um zu fragen, wo man in der Substanz stehe. In den Finanzen wird diese Frage in der Bilanz beantwortet. Dort gilt es den einen oder anderen Mahnfinger zu erheben. Das operative Geschäft hat man gut im Griff, jedoch ist das Fazit bei der Bilanz nicht gleichrosig. Traditionell konzentriert man sich auf die Erfolgsrechnung und weniger auf die Bilanz, obwohl gerade in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren jeweils die Bilanz besonders schmerzte. Die grossen Lasten entstanden jeweils durch die Pensionskasse, Rekapitalisierung KSBL oder die Universität (Abrechnungsproblematik und Biozentrum). Auch bei den Beteiligungen gilt es, noch einige Baustellen anzuschauen. Parlament und Regierung müssen sich fragen, ob sie der Bilanz genügend Aufmerksamkeit widmen. Bei der Allokation der eigenen Mittel müssen in den nächsten Jahren einige Hausaufgaben gemacht werden. Es ist schwierig, zu neuen Ufern aufzubrechen, wenn diese Hausaufgaben nicht erledigt sind.

Die Grüne/EVP-Fraktion tritt auf das vorliegende Geschäft ein und stimmt der Jahresrechnung zu, explizit verbunden mit Lob für die operative Tätigkeit, aber auch mit dem Wunsch, die Arbeit im strategischen Bereich auf dasselbe Niveau zu heben.

Stefan Degen (FDP) betont, das Jahr 2020 sei von grossen Sondereffekten geprägt worden. Corona riss ein Loch in unsere Erfolgsrechnung. Auch die FDP-Fraktion dankt aber dem Regierungsrat und der Verwaltung für die rasche und unkomplizierte Vorgehensweise in dieser Situation. In kürzester Zeit wurde ein Konzept auf die Beine gestellt, nach welchem bis zum heutigen Tag gehandelt wird. Basel-Landschaft war der erste Kanton, welcher Entschädigungszahlungen an die Wirtschaft ausrichtete, auch beim Impfen waren wir sehr schnell an der Spitze. Mehrere Kantone schrieben trotz Corona schwarze Zahlen. Dass dies in unserem Kanton trotz der Ausgangslage vor Corona nicht möglich war, zeigt klar, dass unsere Finanzlage nach wie vor als fragil bezeichnet werden muss. Dennoch: Die Erfolgsrechnung haben wir im Griff. Mehr Sorgen bereitet die Bilanz. Die Verschuldung pro Kopf ist weiterhin hoch, hier bewegen wir uns schweizweit im hintersten Feld. Zusätzlich leiden wir an einer grossen Last aus der Pensionskassensanierung, diese ist in der Bilanz noch gar nicht sichtbar. Schulden haben verschiedene Nachteile: Einerseits verschlechtern sie das Rating, andererseits stellen sie im Hinblick auf einen möglichen Zinsanstieg ein latentes Risiko dar. Irgendwann müssen die entsprechenden Zahlungen geleistet werden, daher ist für den gewünschten Standard in unserem Kanton mehr Steuersubstrat notwendig. Dafür wurde mit der Steuervorlage 17 bei den Unternehmen die Basis gelegt, hier kann künftig mit positiven Effekten gerechnet werden. Betreffend die natürlichen Personen wird zuweilen gesagt, niemand ziehe hierher oder von hier weg aufgrund der Steuern. Tatsächlich ist aber für eine stattliche Anzahl von Personen die Steuerbelastung ein wichtiges Kriterium bei der Wohnsitzwahl.

Damit die Bilanz nachhaltig in Ordnung kommt, braucht es gemäss FDP-Fraktion mehr Steuersubstrat. Dieses Thema muss daher mit grosser Dringlichkeit angegangen werden.

Die FDP-Fraktion stimmt den vorliegenden Anträgen zu.

Franz Meyer (CVP) verweist auf das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung 2020, welche mit einem Defizit von CHF 52 Mio. abschliesst. Ohne die Aufwendungen zur Bewältigung der Coronapandemie hätte ein Gewinn von rund CHF 108 Mio. resultiert. Die Nettoinvestitionen liegen mit CHF 179 Mio. zwar über denjenigen des Vorjahres, sie erreichten jedoch den budgetierten Betrag von CHF 203 Mio. nicht. Hier besteht weiterhin Verbesserungspotential.

Für das umsichtige Management der Finanzen in einer durch Covid geprägten Situation sowie für die professionelle und zugleich sehr rasche Hilfe an die Wirtschaft und die erfolgreiche Krisenbewältigung dankt die CVP/glp-Fraktion dem Regierungsrat und der Verwaltung. Der Kanton Basel-

Landschaft handelte vorbildlich. Es zeigt sich aber auch, wie wichtig es war, dass die Finanzen bereits vorgängig wieder auf Kurs gebracht werden konnten. Die CVP/glp-Fraktion stimmt der Genehmigung der Jahresrechnung und des Jahresberichts 2020 einstimmig zu.

Regierungspräsident **Anton Lauber** (CVP) dankt dem Landrat für die hervorragende Zusammenarbeit in diesem schwierigen Jahr.

Zum Thema IT: Die Anforderungen an die IT stiegen auch aufgrund der Covid-Pandemie. Mit den aktuell vorhandenen Mitteln (Personalressourcen) ist es schwierig, den gewachsenen Bedürfnissen gerecht zu werden. Gerade Home Office wäre ohne einen grossen Kraftakt der IT nicht möglich gewesen.

Im Transferaufwand von rund CHF 1,5 Mrd. sind die grossen Verträge enthalten, beispielsweise derjenige betreffend Universität. Um diese Bereiche professionell bewirtschaften zu können, wurde das Staatsbeitragsgesetz erlassen, welches nun auch umgesetzt wird.

Dass die Sicht stets stark auf die Erfolgsrechnung gerichtet wurde, erachtet Anton Lauber als vernünftig. Hier gilt nach wie vor der Slogan: «Verantwortungsbewusst und mit Augenmass». Die Ausgangslage ist gut, was der Steuerungsbericht 1 für das Jahr 2021 bestätigt. Auch gemäss BAK-Prognosen kann mit mehr Steuererträgen gerechnet werden. Aber es ist richtig: Die meisten negativen Überraschungen standen in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Bilanz. In diesem Bereich war im letzten Jahr mit der Ausschüttung des SNB-Gewinns aber auch eine grosse positive Überraschung zu verzeichnen, , welcher auch in den kommenden Jahren deutlich höher ausfallen sollte. Die hohe Verschuldung ist primär auf die Sanierung der Pensionskasse zurückzuführen. Der Regierungsrat ist dank der SNB-Ausschüttungen nach wie vor bestrebt, die Verschuldung um CHF 55,5 Mio. pro Jahr abzubauen.

Bezüglich Steuersubstrat erklärt der Regierungsrat, sowohl in unserem Kanton als auch gesamtschweizerisch werde man von einer gesunden Wirtschaft profitieren. Auf die prognostizierten, höheren Steuererträge sind wir angewiesen, denn mit den wachsenden Steuererträgen kann das Wachstum der Ausgaben in der Erfolgsrechnung abgefangen werden. Aktuell ist unser Kanton für höhere Einkommen leider wenig bis gar nicht attraktiv. Die aktuellen Entwicklungen werden auch gemeinsam mit dem zuständigen Staatssekretariat und dem Bundesrat laufend verfolgt.

Die Regierung hat sich bei den Investitionen, wie regelmässig betont, nie zurückgehalten. Pro Jahr werden Nettoinvestitionen von CHF 200 Mio. angestrebt, an diesem System wird nicht gerüttelt. Letztlich bestehen im Bereich der Investitionen jedoch auch immer wieder politische und rechtliche Hürden, wodurch geplante Investitionen je nachdem nicht realisiert werden können. Dies zeigt sich sofort in den jeweiligen Jahresrechnungen.

Der Regierungsrat dankt für die positive Aufnahme der vorliegenden Rechnung.

Kantonsgerichtspräsident **Roland Hofmann** dankt im Namen des Kantonsgerichts dem Regierungsrat für seine umsichtige Führung und die sinnvollen Massnahmenentscheide zur Bewältigung der Pandemie. Ein Dank geht diesbezüglich auch an den Krisenstab und andere Verwaltungsstellen. Die Gerichte konnten den Massnahmen ohne grösseren Aufwand folgen, somit konnte der Gerichtsbetrieb stets aufrechterhalten werden. Persönlich freut es den Kantonsgerichtspräsidenten, dass der Landrat voraussichtlich bald wieder in Liestal tagen wird und so ab und zu auch wieder spontane Begegnungen mit Landrätinnen und Landräten möglich sein werden.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Jahresbericht/Jahresrechnung 2020*

Keine Wortmeldungen.

- *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortmeldungen.

- *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

- *Schlussabstimmung Landratsbeschluss*

://: Der Landrat stimmt dem Landratsbeschluss mit 75:1 Stimmen und ohne Enthaltungen zu.

***Landratsbeschluss
betreffend Jahresbericht 2020***

vom 24. Juni 2021

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

- 1. Der Jahresbericht 2020 wird genehmigt.*
 - 2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zum Jahresbericht 2020 wird Kenntnis genommen.*
 - 3. Von den Kreditübertragungen 2020 auf 2021 wird Kenntnis genommen.*
-